

Die Ukraine im Fadenkreuz von Nato und EU



23.11.09: Schon gleich nach dem 'Kriegsabenteuer' Georgiens im Sommer 2008 zur Eroberung Süd-Ossetiens bekundeten EU und Nato, dass die Pläne zur Anbindung und Integration Georgiens und der Ukraine keinesfalls aufgegeben werden. Auch US-Präsident Barack Obama bekräftigte das noch einmal bei seinem Besuch im Juni diesen Jahres in Russland. Und als sichtbarer praktischer Schritt in diese Richtung fanden im Mai/Juni gemeinsame Manöver von etlichen Nato-Staaten und den georgischen Streitkräften in Georgien statt. Jetzt wurde vor wenigen

Tagen eine weitere Aktion mit ähnlicher Zielrichtung bzgl. der Ukraine umgesetzt.

Am 17.11. unterzeichneten Polen, Litauen und die Ukraine in Brüssel und damit sicherlich nicht zufällig in der 'Hauptstadt' der EU, ein Abkommen über die Aufstellung einer gemeinsamen Militärbrigade für internationale Friedenseinsätze. Nach Angaben des polnischen Verteidigungsministers Bogdan Klich ist es das eigentliche Ziel dieses Abkommens, die Zusammenarbeit mit der Ukraine zu vertiefen. Die Militäreinheit soll ab 2013 einsatzbereit sein, um dann an UN-, Nato- und EU-Friedenseinsätzen teilzunehmen.

Was so harmlos klingt und in unseren Medien wenig Beachtung fand, ist tatsächlich Teil der sehr auf Langfristigkeit und Flexibilität ausgelegten Ausdehnungsprozesse der Herrschaftsbereiche von EU und Nato (s.a. Bericht über die **Georgienmanöver** im Frühjahr des Jahres). Damals hatte die Durchführung des Manövers in Georgien heftige Proteste Russlands ausgelöst. Das jetzige Abkommen der Nato-Staaten Polen und Litauen mit der Ukraine hat weniger spektakulären Charakter, die politischen Ziele sind jedoch ähnlich. Die Bildung eines ständigen gemeinsamen Verbandes von der Stärke einer Brigade soll die Zusammenarbeit zwischen den drei Staaten intensivieren und den ukrainischen Militärangehörigen die Möglichkeit geben, sich in die Kommando-, Stabs-, taktische und logistische Nato-Kultur "einzuleben". Das Wesentliche solcher Kooperationen ist also nicht der unmittelbare militärische Nutzen, vielmehr werden in der Zusammenarbeit auch ideologische Inhalte, Überzeugungen, Arbeitsweisen und politische Werte ausgetauscht bzw. weiter gegeben. Die militärische Anbindung ging in gleicher Weise der Ausdehnung der Nato und dann der EU in Osteuropa voraus.

Das Abkommen Polens und Litauens mit der Ukraine macht auch deutlich, wie geschickt NATO (und EU) die Erweiterungsprozesse angehen und steuern. Optisch werden nur die drei Länder als Vertragspartner wahr genommen. Aber natürlich haben sie diesen Schritt nicht ohne Abstimmung und Information der eigenen NATO-Führungsgremien (und damit der EU-Spitzen) vollzogen. So fand genau einen Tag vor der Abkommensunterzeichnung die hochrangige Konferenz 'Informal High-Level NATO-Ukraine Consultations' statt, an der verschiedene Verteidigungsminister der NATO teilnahmen. Niemand wird glauben machen wollen, dass das Militärabkommen der drei Länder dort nicht bekannt war und keine Zustimmung fand. Und dem jetzigen Abkommen ging auch schon eine Zusammenarbeit der ukrainischen Militärs in einigen Nato-Strukturen voraus, hauptsächlich im Programm 'Partnerschaft für den Frieden', welches erklärtermaßen ein 'Transportmittel' der NATO in Richtung Mitgliedschaft darstellt. Außerdem gibt es ein Ende der 90er Jahre gebildetes Polnisch-Ukrainisches Bataillon der Friedenskräfte. Ihm gehören einzelne Einheiten der polnischen 14. Panzerbrigade und des ukrainischen 310. motorisierten Regiments an.

Gleichzeitig halten sich die führenden Staaten von EU und NATO medial aus dem Geschehen heraus. Um das Verhältnis zu Russland nicht zu belasten, wird ein unmittelbarer Beitritt der Ukraine (und Georgiens) nicht forciert und nicht zum direkten Planungsthema erhoben. Nicht weil die NATO, und hier insbesondere die USA, das nicht wollen, sondern weil die innenpolitischen Verhältnisse in der Ukraine einen reibungslosen Beitritt zur NATO zur Zeit nicht zulassen. Zu groß ist der Widerstand in der Bevölkerung gegen eine einseitige militärische Bindung an das westliche Militärbündnis, zu stark die Verflechtung der Zivilgesellschaft mit Russland. Aber die Ausdehnungskonzepte von NATO und EU setzen wie schon erwähnt auf Langfristigkeit und Flexibilität. Zudem weiss man in Brüssel, dass die herrschenden Kräfte in der Ukraine Russland abneigend bis feindlich gegenüber stehen. So wird man dort auf 'Zeit setzen' und die Wirkung der kleinen Schritte abwarten und zu gegebenem Zeitpunkt

weitere nachschieben. Ganz in diesem Sinne wurde bereits bei der Abkommensunterzeichnung in Brüssel mitgeteilt, dass die Vereinbarung auch den anderen Staaten (womit wohl kaum Russland gemeint sein dürfte) offen stünde.

Russland steht natürlich diesen Entwicklungen kritisch gegenüber, wenngleich Kommentatoren den Eindruck erwecken, dass die EU/NATO-Konzepte in diesem Kontext nicht wirklich verstanden würden. Es ist eben nicht das Wesentliche, was z.B. in RIA Novosti Ilja Kramnik dazu schrieb: "Mit der Schaffung dieser Truppe können die USA ihren Einfluss in Osteuropa beibehalten und festigen, selbst wenn die westeuropäischen Staaten eine EU-Armee aufstellen, die die Rolle der USA in der Nato sicherlich schmälern wird." Bedenklicher als diese ungenaue Einschätzung des aktuellen Militärabkommens sind aber die unverhohlenen Diskussionen in Russland über die Festschreibung des präventiven atomaren Erstschlages in der eigenen Sicherheitsstrategie und die Orientierung, ähnlich wie in der EU, auf eine Berufsarmee mit dem hauptsächlichen Auftrag zu Interventionseinsätzen, also der Kriegsführung im Ausland. Keine beruhigenden Aussichten, falls ein solches 'Ausland' auch einmal die Ukraine wäre.

Text: hth / Foto wloidi